



Die Arbeitslosenzahlen sind bundesweit und in Berlin-Brandenburg gestiegen | andreas160578, Pixabay

Höhere Arbeitslosenquote in Berlin und Brandenburg

Die Arbeitslosenquote ist in Berlin im Januar erstmals seit Jahren wieder über zehn Prozent gestiegen. Laut Bundesagentur für Arbeit sind im Vergleich zum Vormonat rund 215.999 Menschen erwerbslos gemeldet, was eine Zunahme um 11.273 bzw. 0,5 Prozent bedeutet. Zuletzt gab es eine solch erhöhte Quote im Mai 2021, während der Corona-Pandemie, mit 10,1 Prozent. Auch in Brandenburg stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 88.875 bzw. 6,6 Prozent an. Bundesweit gab es einen Anstieg von 186.000 auf nun rund 2,993 Millionen Erwerbslose.

Ramona Schröder, Chefin der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, sieht darin eine besorgniserregende Entwicklung: „Besonders in Berlin, wo die Quote nun die Zehn-Prozent-Marke überschritten hat, zeigt sich die anhaltende Schwäche der Konjunktur.“ Stimmen aus der Wirtschaft fordern für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage

insbesondere die Beseitigung von Mängeln in der Infrastruktur und den Abbau von Bürokratie.

Dazu Berlins IHK-Vizepräsidentin Nicole Korset-Ristic: „Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen sprechen eine eindeutige Sprache: die Konjunktur steht massiv unter Druck. Sorge bereitet vor allem der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit. Hier sind verstärkte Beratungs-, Qualifizierungs- und Vermittlungsanstrengungen notwendig, um diese Tendenz zu stoppen. Gleichzeitig sind in Berlin fast 21.000 sozialversicherungspflichtige Stellen unbesetzt, vor allem in den Bereichen Baugewerbe, Einzelhandel sowie Gesundheits- und Sozialwesen. Umso dringlicher sind daher jetzt strukturelle Reformen, um den Wirtschaftsstandort wieder auf den Wachstumspfad zu führen.“

UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp ergänzt: „Der Arbeitsmarkt befindet sich an einem schwierigen Punkt. Die Konjunktur läuft weiterhin schlecht, die Strukturprobleme aufgrund schlechter Rahmenbedingungen und herausfordernder Transformation kommen hinzu. Die Hoffnung der Firmen richtet sich auf eine neue Bundesregierung. Sie muss mit Elan die Schwächen am Standort Deutschland beheben, durch weniger Bürokratie, niedrigere Steuern und Abgaben sowie durch bezahlbare und planbare Energiepreise. Nur so kann es zu einem Wetterwechsel auch auf dem Arbeitsmarkt kommen.“ (mz)